

Sorauer Tageblatt

(Sorauer Wochenblatt)

Verlag: Tagesblatt Sorauer Verlagsanstalt
Hohelied - Sorau:
Nr. 54 Berlin SW. 7

Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.
Amtliches Nachrichtenblatt der Stadt Halbau.

Preisnehmer Nummer 22 und 37.
Giro-Konto
bei der Reichsbank



Veröffentlichungswiese (wichtig!): Nach mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis: Das „Sorauer Tageblatt“ kostet bei Abholung in unseren Vertriebsstellen in Stadt und Land monatlich 2.— RM., bei der Post abgeholt monatlich 2.20 RM., durch den Verleger ins Haus gebracht 90 Pf. mehr, im Wochenbezug in unserer Geschäftsstelle 60 Pf. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitseinstellung oder Ausperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfierung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigen: Die 8-spaltige Kolonelle im Anzeigenteil je Millimeterhöhe 8 Reichsmark. Im Reklameteil die 4-spaltige Kolonelle je Millimeterhöhe 6 Reichsmark. Für Anzeigen durch Fernsprecher aufgegeben 10% aber nicht mehr als 50 Reichsmark. Für Anzeigen mit schwierigerem Schriftsatz und für Anzeigen, bei denen mehrere Firmen gemeinsam inserieren, 100% Aufschlag. Eine Gewähr für Richtigkeit kann bei telefonischer Aufnahme von Anzeigen nicht übernommen werden. Rabatt nach letztem Tarif. Bei Zahlungsverzug und bei Konturufen erlischt jeder Anspruch auf denbeiben.

Nummer 266

Sonabend-Sonntag, den 10./11. November 1928.

118. Jahrgang

Die Gegenlage der Gewerkschaften.

Schadenersatz beantragt. — Zweidrittel der deutschen Hochöfen rücklegt. — Eingreifen der evangelischen Kirche. — Kommunisten an der Arbeit.

Essen, 9. Nov. Die drei Metallarbeiterverbände haben beim Arbeitsgericht in Duisburg eine Klage gegen Nordwest eingereicht. In der Klage wird beantragt, das Gericht wolle den Beklagten zurückerstatten:

1. In Erfüllung der tarifvertraglichen Friedenspflicht,
 - a) die Ausperrungsanweisung zurückzugeben,
 - b) es zu unterlassen, die im Kampfe befindlichen Werke durch direkte oder indirekte Maßnahmen finanzieller, ideeller oder sonstiger Art zu unterstützen,
 - c) die herausgegebene namentliche Liste der ausgesperrten Arbeitnehmer zurückzugeben und die Weitergabe dieser oder neuer Listen zu unterlassen,
 - d) die Mitglieder mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln anzuhalten, die getroffenen Kampfmaßnahmen rückgängig zu machen und neue zu unterlassen.
2. an die Kläger Schadenersatz zu zahlen.

Zusammenfassend, so heißt es in der Klagebeantwortung nach Begründung der Punkte, sei zu der Frage der materiellen Gültigkeit des Schiedsspruches vorgetragen: Die feste Zulage habe nichts mit der Regelung des Affordbes zu tun. Sie beeinflusse nur die Bezüge des im Afford arbeitenden Arbeitnehmers, die sich zusammenfassen aus dem Affordlohn plus festen Zulagen verschiedenster Art. Artikel 9 des Manteltarifses sei authentisch dahingehend interpretiert, daß er lediglich die Errechnung des Affordlohnes, nicht die Endhöhe der Bezüge fixiere. Ein Einbruch des Schiedsspruches in den Manteltarif komme schon allein deshalb nicht in Frage, weil die Parteien des Schiedsspruches über die Parteien des Manteltarifs hinausgriffen.

Höchst vorzuziehend werde, so heißt es zum Schluß, sofern die eben erwähnten Erwägungen nicht als durchschlagend anerkannt würden, auf § 139 WGB. Bezug genommen. Die beantragte Bestimmung des Schiedsspruches besäße sich mit einer Zulage von zwei Pfennig für Afford- und Prämiendarbeiter. Die Wirksamkeit der Zulage für Prämiendarbeiter werde von der Gegenseite nicht beantragt. Sollten die Erwägungen nicht durchschlagend sein, so käme höchstens die Unwirksamkeit einer Zweipfennig-Zulage für reine Affordarbeit in Frage. Der Prozentsatz der reinen Affordarbeiter und die Bedeutung der Zulage für diese Affordarbeiter sei aber nicht so groß, daß man nicht annehmen dürfe, die Schlichterkammer hätte auch ohne diesen Zusatz des Schiedsspruches gefüllt und der Reichsarbeitsminister diesen Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Daran ergebe sich, daß die angelegte Zweipfennig-Zulage nicht von so erheblicher Bedeutung sei, daß ihre Unwirksamkeit die Wichtigkeit des ganzen Schiedsspruches nach sich ziehen würde.

60 Hochöfen ausgeblieben.

Essen, 9. Nov. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ meldet, sind von den im Ausperrungsgebiet, d. h. also im Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller vorhandenen 106 Hochöfen vor der Arbeitsaussetzung 60 in Betrieb gewesen. Diese 60 Hochöfen sind nunmehr sämtlich ausgeblieben. Was das bezüglich der deutschen Gesamtproduktion an Eisen und Stahl bedeutet, ergibt sich aus einem Vergleich der in anderen Bezirken vorhandenen Hochöfen. Den 106 Hochöfen Rheinland-Westfalens stehen nämlich nur noch 50 Hochöfen im übrigen Deutschland gegenüber. Man kann also wohl sagen, daß gut zwei Drittel der deutschen Hochöfenproduktion nunmehr lahmgelegt ist.

Die evangelische Kirche

fordert Eingreifen der Regierung.

Essen, 9. Nov. Der Evangelische Presbyterverband Rheinland-Westfalens e. V. teilt mit: Wenn durch einen Wirksamkeitskampf, wie den gegenwärtigen in der Eisenindustrie, für Sun-

der tausende deutscher Familien graue Not droht, die Grundlagen deutscher Wirtschaft erschüttert und die innere Befriedigung unseres Volkes aufs schwerste gefährdet werden, kann eine Kirche, will sie wirklich ihre religiös-sittlichen Aufgaben gegenwärtig erfüllen, nicht schweigen. Darum haben sich die evangelischen Kirchen Rheinlands und Westfalens in einem bedeutsamen Entschluß vereinigt.

Schreiben an die Regierung

gewandt und deren Einschreiten in dem Eisenkonflikt als ein Gebot der Stunde gefordert. Verhandlungen der Schlichtungsbehörden können, selbst wenn sie noch möglich wären, erst in langen Zeiträumen wirksam sein. Direkte Verhandlungen der Gruppen fehlen, wohl aber stehen beide noch in Verhandlungsbereitschaft da. Darum regt die evangelische Kirche des betroffenen Gebietes an, durch wirtschaftlich erfahrene, das Vertrauen beider Parteien besitzende Persönlichkeiten neue Verhandlungen zu versuchen. Die Kirche mußte sich hüten, in wirtschaftsrechtlichen Fragen oder in die im Kampf aufgeworfenen Rechtsfragen sich zu verlieren, wohl aber mußte die evangelische Kirche, die bereits in weitestmöglichen Ausmaßungen ihrer Kirchentage ein soziales Bewußtsein für unser Volk wurde, doch zum Frieden zu helfen versuchen, wo Frieden noch möglich ist.

Esperrung von Staatsanlagen der Stadt Essen.

Essen, 9. Nov. Da die Stadt Essen durch die Ausperrung der Metallarbeiter sich einer in ihrer finanziellen Auswirkung noch gar nicht zu überschendenden Lage gegenübersehen, hat der Oberbürgermeister alle im Etat 1928 vorgesehenen, nicht regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben, soweit die entsprechenden Arbeiten und Sicherungen nicht bereits in der Ausführung sind, bis auf weiteres gänzlich gesperrt.

Die Kommunisten im Ausperrungsgebiet

Essen, 9. Nov. (Privatmeldung.) Heute nachmittag fand hier, wie das kommunistische Rundschreiben, eine Konferenz von 50 Delegierten, die insgesamt 65 000 Metallarbeiter vertreten und größtenteils Betriebsräte und Vertreter der in den einzelnen Werken gebildeten Kampfleitungen waren, statt. Aus den Vertretern wurde eine „zentrale Kampfleitung“ gewählt, bestehend aus 10 Vertretern der wichtigsten Großbetriebe. Diese „zentrale Kampfleitung“ hat einen Aufruf vorgelegt, der einstimmig gutgeheißen wurde und in dem ein Appell an die gesamte Arbeiterchaft des Ruhrgebiets gerichtet wird, in allen Betrieben und Belegschaften Kampfleitungen zu wählen und diese der zentralen Kampfleitung anzuschließen. Hierauf wurde Stellung genommen zur Durchführung einer breiten Unterschriftenaktion, die gemeinsam mit der Internationalen Arbeiter-Silfe durchgeführt werden soll. Auch aus dem Bergbau und den Verkehrsbetrieben waren Vertreter anwesend.

Um was geht es im Eisenkonflikt?

Zum Eisenkonflikt geht der Berliner Börsen-Ztg. von beachtenswerter Seite die folgende Zuschrift zu, die sie mit dem ausdrücklichen Bemerkens wiederbringt, daß sie von einer über den Aufbau der in- und ausländischen Eisenindustrie gut orientierten Seite stammt, die aber nicht im Lager der an dem Konflikt interessierten Eisenindustrie zu suchen ist. In der Zuschrift heißt es: „Der Kampf der Gewerkschaften richtet sich nicht gegen das Unternehmensziel, dessen Gewinne, gemessen an dem investierten Kapital, recht färglich sind, er richtet sich vielmehr letzten Endes gegen eiserne Gesetze der Wirtschaft, wie sie in der Eisenindustrie in der folgenden Wahrheit in dem Sonderausdruck kommen:

1. Eisen ist ein Metall, das größte Verwendungs- und Wichtigste ist; letztere sind aber in hohem Maße von dem Preisniveau abhängig. Der gewaltige Aufschwung, den die Eisenindustrie in der Vorkriegszeit genommen, die starken Beschäftigungs-

gelegheiten, die sie geschaffen, waren in erster Linie dem Umstande zuzuschreiben, daß wichtigste Erzeugnisse in von Jahr zu Jahr steigenden Mengen dem schärfsten Wettbewerb unterlagen und sich daraus ein niedriges Preisniveau herausbildete, durch das gerade die Verwendungsbedingungen des Eisens außerordentlich gesteigert wurden.

2. Von einem gewissen Niveau ab können wir die Eisenpreise nicht mehr selbstständig bestimmen. Internationaler Einfluß verschiedener Art machen sich geltend. Vor allem ist zu beachten, daß unsere Produktionsanlagen viel zu groß sind, um (namentlich bei nachlassender Nachfrage) lediglich den heimischen Bedarf zu befriedigen. Wir sind auf die direkte und indirekte Ausfuhr angewiesen und haben uns bei dieser in den Breiten nach den ausländischen Konkurrenten zu richten, von denen namentlich die stärkste, nämlich Frankreich, mit wesentlich niedrigeren Preisenkonkurrenz rechnen kann.

Durch den Krieg haben wir die Rohstoffkosten, unseren Ertrags, größtenteils verloren. Wir müssen die Eisenerze am Weltmarkt kaufen und sind also in einem gewissen Sinne Lohnarbeiter. Nicht je höher, nein, je niedriger unsere Selbstkosten sind, desto mehr Lohnarbeit können wir demnach, gestützt

auf unser Rohstoffvorkommen am Weltmarkt, hereinholen, desto größere Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Gewiß können wir durch reine Lohnpolitik, wie bereits bisher geschehen, auch noch den Unternehmerrginn beschneiden oder ganz absorbieren, aber das kann man nur vorübergehend, und eine solche Politik läßt sich nicht allzulange ungekraft fortsetzen. Bei dem heutigen niedrigen Stand der Währungsrate recht schwer, sich neues Kapital und damit vermehrte Beschäftigungsmöglichkeit zu einigermaßen günstigen Bedingungen zu verschaffen.

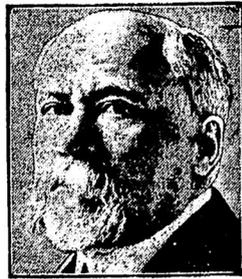
Nur, wer diesen Sachverhalt und die Grenzen erkennt, die sich aus den vorgenannten Wahrheiten für die Eisenindustrie ergeben, kann die Bedeutung der Stunde erfassen. Nur der sah auch schon seit langem die heutige Stunde kommen, eine Stunde, der wir nicht ausweichen können. Zielen wir nicht die allein wichtigen Konsequenzen aus diesen Wahrheiten, glauben wir Blindheit spielen zu können und suchen der Stunde auszuweichen, so gehört keine Provisionsangebots dazu, um jetzt vorauszufragen, daß die kritische Stunde schon halb wieder färglich war. Auf der anderen Seite kann es aber auch keinen Zweifel unterliegen, daß, fragen wir den Währungsrate Rechnung, wir damit auch den Weg zu einer Geländung betreten, die sich in den mannigfaltigsten Formen — nicht etwa allein in dem Beschäftigungsgrade der Eisenindustrie — in günstiger Weise für die Gesamtwirtschaft auswirken wird.

Poincaré bildet das Kabinett.

Ein Kabinett der „republikanischen Eintracht“.

Paris, 9. November.

Am 230 Uhr erschien Poincaré im Chlysée, wo er mit dem Präsidenten Doumergue eine Besprechung hatte, die nicht weniger als eine Stunde 40 Minuten dauerte. Als Poincaré um 4 Uhr das Chlysée verließ, lehnte er es ab, vor den Journalisten irgend welche Erklärungen abzugeben und fuhr sofort in seine Privatwohnung. Das Chlysée teilte jedoch mit, daß Poincaré den Auftrag zur Kabinettsbildung angenommen habe. In dieser offiziellen Mitteilung wird erklärt, daß Poincaré auf das Angebot des Präsidenten der Republik, das neue Kabinett zu bilden, geantwortet habe, daß die Ereignisse in den letzten Tagen seine Aufgabe nicht erleichtert hätten. Er werde aber trotzdem den Versuch machen, ein Kabinett zu bilden. Das neue Kabinett solle ein Kabinett der republikanischen Eintracht werden, das gestatten werde, den inneren Frieden zu verewirklichen und den auswärtigen Frieden sicherzustellen.



Ministerpräsident Raymond Poincaré

Im allgemeinen herrscht optimistische Stimmung, und der Minister Lardieu erklärte, daß er bekanntlich daran glaube, daß Poincaré vielleicht noch morgen ein Kabinett bilden wird. Man vermutet in der Kammer, daß

Serriat, Queuille und Perrier diesen neuen Kabinett nicht angehören werden, daß sie aber durch drei andere Radikalsozialisten ersetzt werden. Zahlreiche Namen werden in der Kammer genannt. Es ist verfrüht diese wiederzugeben, weil eine grundsätzliche Entscheidung noch nicht gefallen ist. Unmöglich wäre es aber nicht, daß Poincaré vielleicht morgen schon mit der Kabinettsbildung fertig würde.

Seite abend erschien Marschall Foch bei Poincaré, um ein Wort bei der Lösung der Krise mitzureden. Zwischen Poincaré und der Finanzkommission der Kammer schwabte ein Konflikt wegen der Höhe der Militärkredite. Foch äußerte nun seine Ansicht, ob diese Kredite verringert werden sollen, wie es die Kammer wünscht. Wie ich höre, wird in dieser Frage ein Kompromiß zustande kommen. Die angeforderten Kredite werden im Budget vermerkt werden, ohne daß der Kriegsminister geringere Kredite zur Verfügung haben wird.

Die Besprechungen der französischen Linksparteien.

Paris, 9. Nov. Die interfraktionellen Besprechungen der Vertreter der Linksparteien, die heute nachmittag fortgesetzt wurden, führten zu einer grundsätzlichen Einigung auf ein Mindestprogramm nach Art des auf dem radikalen Kongress in Angers angenommenen. Die Vertreter der radikalen Linken (Gruppe Doumer) behielten sich die Entscheidung ihrer Fraktion vor. Sie wiesen bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Fraktion ein Aktionsprogramm nur annehmen könnte, wenn die Sozialisten sich an der Regierung beteiligen würden. Morgen nachmittag wird eine neue Zusammenkunft der Linksparteien stattfinden.

„Evening Post“ zur Rückkehr Dr. Stresemanns.

New York, 9. Nov. „Evening Post“ begrüßt in einem Leitartikel die Rückkehr Dr. Stresemanns zu den Amtsgeschäften als ein glückliches Zeichen für die weitere Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit, die gerade jetzt durch die bevorstehenden Beratungen über eine endgültige Lösung der Reparationsfrage große Bedeutung erlangt. Dem tiefen deutschen Staatsmann geheie so großes Vertrauen wie Stresemann. Die Zeit werde kommen, wie es Europa klar werden werde, welchen Dank